

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	59. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	18. März 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

27.

Punkt 26 der Tagesordnung: Biomüllverarbeitung
Antrag der Stadträte Thomas H. Hock und Tom Høyem (FDP) sowie der FDP-Gemeinderatsfraktion vom 14. Februar 2014
Vorlage: 2014/0444

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, der Rest sind Nein-Stimmen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 26 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Ich würde zunächst Herrn Bürgermeister Stapf bitten, zum Schreiben der Bürgeraktion Eisenhafengrund kurz Stellung zu nehmen.

Bürgermeister Stapf: Die Bürgeraktion Eisenhafengrund greift den Tagesordnungspunkt des Gemeinderates vom 17. Dezember letzten Jahres auf, wo es um den Transport der Übermengen nach Flörsheim-Wicker geht und nennt einige Details, die ich gerne auf Anfrage wiederhole, die Ihnen aber bekannt sind. Sie nimmt dann Stellung zum Antrag der FDP und zu unserer Antwort.

Vielleicht ein paar Kleinigkeiten, die, so wie sie dastehen, kommentiert werden müssen. Die Bürgeraktion schreibt, dass es ein Landschaftsschutzgebiet wäre. Das ist es nicht. Es ist eines geplant. Bei den eingesparten Kosten muss man immer daran denken, dass, wenn man die Anlage ad hoc schließen würde, das Personal natürlich zunächst da wäre und dass natürlich auch die Abschreibungen weiterlaufen. Grundsätzlich wird bezweifelt, dass die Kapazität der Umladestation begrenzt ist. Dem muss man aber widersprechen. Wir haben die Auflage, dass wir dort nicht das gesamte Biomüllaufkommen umschlagen dürften, d. h. wollte man das machen, müsste man dort - so ist der jetzige Wissenstand des Amtes für Abfallwirtschaft - baulich erweitern.

Vielleicht noch interessant: Die Bürgeraktion sieht eine verschiedene Positionierung von Dezernat 5 und Amt für Abfallwirtschaft. Die ist nicht gegeben. Wir mussten dieses

Thema noch nicht einmal konzertieren, weil wir immer einer Meinung waren. Bezüglich Flörsheim-Wicker war es so, dass ich selbst schon vor längerer Zeit eine Übermengenabsteuerung nach ähnlichem Modell zur Prüfung vorgeschlagen habe und froh bin, dass dann im letzten Quartal das AfA dafür eine gute und von Ihnen auch einstimmig beschlossene Lösung gefunden hat.

Vielleicht - da greift es jetzt in den Antrag der FDP über - noch einmal zur Erinnerung: Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarungen mit Flörsheim-Wicker ist für ein Jahr abgeschlossen, mit einer einmaligen Verlängerungsoption bis 31.12.2015. Müssten wir etwas anderes machen, müssten wir verhandeln. Uns ist bekannt, dass Flörsheim-Wicker Interesse und auch Platz hätte, auch weiterhin Bioabfall aus Karlsruhe zu übernehmen.

Insgesamt wird in dieses Bürgerbeteiligungsverfahren, das im Augenblick vorbereitet wird, auch das Ergebnis der Interessensbekundung einfließen. Da werden genau diese Zahlen auch eingehen. Die Bürgerinnen und Bürger werden also wissen, dass ein externes Verfahren günstiger wäre.

Letztlich fordern der Antrag der Bürgeraktion Eisenhafengrund - so verstehe ich ihn, Sie können mich eines anderen belehren - und der FDP-Antrag eigentlich ziemlich gleiches, nämlich dass man die jetzige Lösung Flörsheim-Wicker komplett auf den ganzen Biomüll anwendet, den Eisenhafengrund im Prinzip dann als Anlage schließt und als Folge davon das bei der Bürgeraktion an Nr. 1 genannte Konsensusverfahren, also die Bürgerbeteiligung, absetzt. Die Antwort ist im Prinzip dieselbe, die wir auf den FDP-Antrag gegeben haben, wo wir einfach sagen: Wir können das sowieso nicht, denn es ist ein einstimmiger Beschluss des Gemeinderates. Also müsste ihn auch der Gemeinderat aufheben, wenn er das möchte. Wir haben es im Übrigen extra heute schon auf die Tagesordnung genommen, damit wir, sollte es eine Mehrheit dafür geben, nicht in die Situation kommen, die Bürger schon eingeladen zu haben und wieder ausladen müssten. Wir müssten mit dem beauftragten Unternehmen verhandeln, die entstandenen Kosten dann in irgendeiner Weise zu begleichen.

Grundsätzlich noch einmal: Es ist genau Aufgabe der Bürgerbeteiligung, sich über solche Sachlagen Gedanken zu machen. Deshalb halten wir auch die Intention dieses Antrags durchaus in einer Bürgerbeteiligung für aufgehoben.

Noch einmal, das wird immer anders dargestellt: Wir sind offen, was als Ergebnis herauskommt. Wir haben uns in keiner Weise festgelegt. Das ist gar keine Frage. Es gab am Anfang, bis festgestellt wurde, dass der Flächenverbrauch und die Investitionssumme hoch sind und gewisse Risiken bestehen, zunächst einmal den Ansatz, im Eisenhafengrund auszubauen. Wir haben dann aber - das habe ich immer dargestellt, das habe ich auch der Bürgeraktion schon lange gesagt - frühzeitig diese parallele Möglichkeit einer externen Verwertung mit aufgeführt. Dazu stehen wir. Damit könnten wir auch gut leben. Aber wir möchten nicht vorgreifen.

Das vielleicht zum Antrag. Aber die Intention ist dieselbe, wie die des FDP-Antrags.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir verstehen es nicht, aber wir brauchen auch nicht alles zu verstehen. Ob die Bürger es verstehen, müssen wir abwarten. Was wir nicht verstehen,

ist, warum wir ohne Grund 20 Mio. € im Eisenhafengrund in eine Biogasvergärungsanlage investieren sollen. Eigentlich haben wir doch in Karlsruhe Großprojekte genug. So habe ich das heute, als wir den Jahresabschluss diskutiert haben, verstanden. Wir verstehen auch nicht, warum wir 25.000 m² für dieses unnötige Projekt verwenden sollen. Eigentlich haben wir in Karlsruhe nicht zu viele, sondern zu wenige Flächen. So habe ich auch die Diskussion über die Gießbachniederung heute verstanden.

Wir verstehen auch nicht, warum wir Vergärungskosten von 138 €/t bezahlen sollen, wenn wir die gleiche Leistung für 73 €/t z. B. in Flörsheim bekommen können. Wir verstehen auch nicht, warum jeden Tag 5 Sattelzüge leer von Stora Enso zurückfahren sollen, wenn diese ganz einfach unseren Biomüll bringen könnten. Dass die Umlagestation überlastet wird, kann doch nur eine Prioritätsfrage sein. Was wir weiterhin nicht verstehen, ist, warum die Karlsruher Bürger nicht mit 2 Mio. € jährlichen Gebühren entlastet werden sollen, wenn dies möglich ist.

Was wir verstehen, ist, dass unsere Abfallwirtschaft sehr gerne alles selber machen will und Privatunternehmen immer sehr skeptisch gegenüber ist, auch wenn gerade Flörsheim, soweit wir wissen, kein Privatunternehmer ist. Was wir auch nicht verstehen können, ist, warum die Wohngebiete "50 Morgen" und "Rehbuckel" nicht, wie andere Stadtteile und Haushalte, mit Wärme versorgt werden können.

Ein Argument verstehen wir: Nämlich dass wir im Gemeinderat letztes Jahr eine Konsensuskonferenz entschieden haben, weil die Kommunikation zwischen Abfallwirtschaft und den Bürgern nicht optimal war. Aber der gleiche Gemeinderat kann selbstverständlich entscheiden, dass man, falls man diese 20 Mio. € in eine Biogasvergärungsanlage investieren will, dann auch keine Konsensuskonferenz braucht, um die Bürger über so eine Entscheidung zu informieren. Wir verstehen also nicht, warum wir 20 Mio. € unnötig investieren und 138 €/t für die Verarbeitung bezahlen sollen, wenn man die Leistung für 73 €/t bekommen kann. Warum denkt die Abfallwirtschaft, dass man alles selber machen muss? Das verstehen wir nicht und die Bürger wahrscheinlich auch nicht.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Als ich den FDP-Antrag gelesen habe, habe ich mir schon die Augen gerieben. Ich wusste noch ziemlich genau, wir haben hier im Gemeinderat - das ist noch gar nicht so lange her - einstimmig beschlossen, es soll eine Konsensuskonferenz geben, die eine Entscheidung vorbereitet und dann entscheidet der Gemeinderat. Da hat die FDP mitgestimmt. Ich will gar nicht auf die ganzen Einzelheiten eingehen. Jetzt sagt die FDP, nein, es ist alles anders. Wir haben uns anders entschieden. Wir wollen jetzt sofort etwas machen. Das verstehe ich nicht.

Das Problem ist, dieses Bürgerbeteiligungsverfahren dauert einfach seine Zeit. Das muss lange Zeit vorbereitet werden. Das ist auch nicht nur eine Sitzung. Das sind mehrere Sitzungen, auch in einem gewissen Abstand. Das dauert alles. Das nutzen Sie jetzt im Wahlkampf, um dann zwischendurch noch einmal richtig einen reinzuhauen. Das verzögert jetzt auch wieder das Verfahren. Es kann nicht weitergemacht werden, bis heute der Gemeinderat über den Antrag entschieden hat. Man sollte jetzt einfach die Ruhe bewahren, schauen, was kommt aus der Konsensuskonferenz heraus, wie wir es be-

geschlossen haben. Dann entscheiden wir auch in aller Ruhe. Es kommt nicht auf diese paar Monate an, die das jetzt noch dauert. Für die Zwischenzeit haben wir genau das, was Sie haben wollen, beschlossen, dass ein Teil des Biomülls nach Flörsheim geschickt wird als Interimslösung. So lange, bis dann eine grundsätzliche Lösung gefunden wurde.

(Stadträtin Dr. Leidig/GRÜNE: Aber die Kommunalwahl! - Heiterkeit)

Wir bleiben bei dem gefassten Beschluss und warten einfach einmal, was dabei herauskommt. Dann sehen wir weiter.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Marin (SPD): Ich kann mich meinem Vorredner an der Stelle anschließen. Ich möchte mich ausdrücklich bei der Verwaltung für die Verwaltungsantwort bedanken. Hier wurde ausführlich das niedergeschrieben, was ein Ausschussmitglied im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit auch wissen könnte. Ich wäre jetzt davon ausgegangen, dass die FDP hier nicht steht und sagt: Wir verstehen nichts, sondern einfach die Unterlagen aus dem Ausschuss zu Rate zieht. Denn ganz vieles, ich würde sogar sagen: das allermeiste der Problemstellungen sämtlicher Art, die es im Eisenhafengrund gibt, war im Ausschuss reiflich diskutiert. Ich könnte mich nicht erinnern, dass ein Aspekt nicht diskutiert worden ist. Insofern herzlichen Dank für die Zusammenfassung der Ausschussarbeit.

Natürlich ist es auch so, dass wir im Rahmen der Beteiligungsverfahren hinter der Konsensuskonferenz stehen. Die FDP scheint offensichtlich ein Problem mit Beteiligung der Öffentlichkeit zu haben. Ich verstehe nicht, dass Sie da ein Problem haben, wo Sie doch an anderer Stelle genau dieses immer einfordern.

Die ersten zwei Punkte Ihres Antrags waren problemlos nachvollziehbar anhand der Vorlage. Der dritte Punkt ist ebenso wenig überraschend, denn die FDP versucht natürlich immer, an einem Punkt, wo es um die Daseinsfürsorge - insbesondere Müllversorgung u. ä. - geht, einen Antrag zu stellen, der darauf zielt, etwas in irgendeiner Form zu privatisieren. Das steht zwar so nicht drin, aber ich lese es für mich persönlich so heraus. Ich habe es aus dem Redebeitrag auch herausgehört. Eine Kommune kann so etwas aus ihrer Sicht heraus machen. Sie sollten sich vielleicht wirklich einmal umschaun in Städten, die so etwas getan haben. Viele haben es schwer bereut.

Es gibt nur einen Punkt, der mich in seiner Schärfe überrascht hat. Das steht in Ihrer Antragsbegründung. Ich zitiere: "Es ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, neuesten technischen Sachverstand vorzuhalten, in hochkomplexe Anlagen zu investieren und so die Bürgerinnen und Bürger mit kaum überschaubaren Kostenrisiken zu belasten." Was haben Sie für ein Bild von unserer Stadt, von unseren Mitarbeitern? Brauchen wir keine entsprechend qualifizierten Mitarbeiter? Ich nenne jetzt z. B. das Klärwerk, das hochkomplex ist. Brauchen wir das alles nicht? Wenn es nicht mehr funktioniert, dann schauen wir uns eben die Städte an, die dieses outgesourct haben.

Ich dachte, das Thema PPP, wie es vor 10, 15 Jahren diskutiert worden ist, wäre auch bei der FDP tot. Das ist es aber nicht. Wir werden entsprechend unsere Hand darüber halten, dass die Stadt solche wichtigen Aspekte nicht aus ihren Händen gibt.

Ich habe noch eine Frage, weil Flörsheim jetzt öfters gefallen ist als Thema. Mir wäre wichtig zu wissen, wie es denn mit unserem CO₂-Fingerprint aussieht, dadurch, dass wir den Biomüll nach Flörsheim fahren. Wie sähe es aus - nur einmal exemplarisch -, wenn wir das gesamte Material dort hinfahren würden? Es wäre mir doch ein wichtiges Anliegen, zum CO₂-Fingerprint eine Rückmeldung zu bekommen. Ansonsten folgen wir der Verwaltungsvorlage.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU): Es ist immer schön, wenn man nach längerer Zeit dann die Wahrnehmung der anderen Fraktionen hört und dass einiges dann anderes interpretiert wird.

Jetzt zum Antrag der FDP. Ich gehe auf die bestimmten Punkte noch ein. Der Antrag der FDP stößt auf große Sympathien bei der CDU. Denn es ist kein Geheimnis, dass wir eine Biovergärungsanlage im Eisenhafengrund nicht verfolgen wollen. Das war auch unser Ansatz, als wir damals den Grundsatzbeschluss gefasst haben mit dem Konsensverfahren. Wir haben darauf gedrängt, dass im Vorfeld dieses Interessensbekundungsverfahrens eingeleitet wird. Erst daraufhin sind uns die Zahlen offengelegt worden. Es hat sich dann entwickelt in der Struktur, dass eine externe Verwertung - was wir immer behauptet haben - wesentlich günstiger für den Gebührenzahler ist, als wenn wir das in Eigenregie machen würden.

Deswegen wird sich auch für uns vom Grundsatz her nichts daran ändern, dass wir einen Eigenbetrieb dort oben im Eisenhafengrund nicht befürworten wollen. Wir werden das auf keinen Fall unterstützen. Ich kann auch wirklich nicht verstehen, denn hier geht es um 25.000 m². Bei der Gießbachniederung haben wir vorhin von 60 m² für Gewerbeflächen gesprochen.

(Zuruf **Stadträtin Lisbach/GRÜNE**; vereinzelter Beifall)

Das steht in keinem Verhältnis vom Grundsatz her. Insofern ist die Argumentation von Ihnen auch völlig daneben und nicht nachzuvollziehen.

Liebe Kollegen der FDP, wir werden den Antrag nicht unterstützen, weil wir sagen, wir haben das Konsensverfahren ganz bewusst gewählt.

(Weitere Zurufe)

Wir nehmen Bürgerbeteiligung ernst.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn wir uns dafür entscheiden hier im Gemeinderat, dann stehen wir als CDU-Fraktion auch dazu, dass wir dieses Konsensusverfahren durchführen. Wir sind sehr kritisch, ob das vom Ergebnis her gelingt. Ich bin aber überzeugt, dass unsere Bürger, die dort ausgewählt sind, schon erkennen, dass eine externe Verwertung der kostengünstigere Weg für die Bürgerschaft sein wird. Insofern bin ich da sehr positiv vom Grundsatz her eingestellt. Ich glaube, wir sollten einen eingeleiteten Weg für eine Kommune, die sich Bürgerbeteiligung in der Vergangenheit immer ganz oben auf die Fahne geschrieben hat, nicht einfach zum jetzigen Zeitpunkt mit einem Federstrich beiseite schieben.

Das ist der Grund, warum wir diesen FDP-Antrag nicht mittragen. Wir möchten gern, dass dieses Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt wird. An unserem Standpunkt, dass wir keinen Eigenbetrieb dort oben im Eisenhafengrund unterstützen werden, wird das vom Grundsatz her nichts ändern.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Dr. Fischer (KAL): Zu dem Antrag: Das ist ein sehr organisches Thema. Es hat mich dann an das alte Sprichwort erinnert: Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Rin in die Bürgerbeteiligung, raus aus der Bürgerbeteiligung. Das ist mit uns nicht zu machen. Der Gemeinderat steht hier im Wort. Ich lasse mir nachher nicht von irgendjemandem sagen, ich hätte einmal für die Bürgerbeteiligung gesprochen und dann hätte ich - weil irgendwer eine bessere Idee hatte - einfach nein gesagt.

Wenn es dann zu dieser Bürgerbeteiligung in Form einer Konsensuskonferenz kommt, dann spielt, Frau Luczak-Schwarz, nicht nur das Thema Kosten eine Rolle. Dann spielt eine Rolle: das Thema Kosten, das Thema Autarkie, das Thema Klimaschutz, das Thema Entsorgungssicherheit, das Thema Wärmeversorgung "50 Morgen", wo wir auch im Wort stehen. Ich möchte einmal daran erinnern: Wir haben damals für die Wärmeversorgung "50 Morgen" Lob aus ganz Baden-Württemberg bekommen für diese tolle Idee. Nahwärme verwenden, um damit ein direkt daneben liegendes Wohngebiet zu versorgen. Im Grunde genommen war das so, wie MiRO die Wärme nutzt, nur eben von dort. Jetzt sagen wir ein paar Jahre später - vielleicht liegt es daran, dass es damals andere Stadträte entschieden haben -, das war vielleicht doch nicht so schlau, jetzt ist es uns gerade egal. Auch das wird bei der Konsensuskonferenz benannt werden. Darüber müssen diese neutralen Bürger dann entscheiden.

Wir als Gemeinderat werden dieses Ergebnis der Bürgerbeteiligung zusammen mit der Beachtung von Recht, Gesetz und Vertragslage beachten müssen, so wie es am Ende entschieden wird. Wenn ich vorhin gesagt habe, neutrale Bürger, dann will ich auch einmal ein Problem hier aufgreifen, wie Bürgerbeteiligung gerne missverstanden wird. Ich erlebe immer häufiger, dass Bürgerinitiativen, die sich mit einem Thema beschäftigen und zu Halbexperten werden, plötzlich glauben, sie wüssten alles besser als z. B. der Herr Kaufmann oder der Herr Stapf oder sonst jemand. Natürlich wissen die viel. Ich behaupte auch nicht, dass der Herr Kaufmann oder der Herr Stapf alles wissen. Aber wenn ich dann sehe, wie die schreiben, nach dem Motto: Wir wissen alles besser, was Ihr sagt, ist von vornherein schon Unsinn, so kann Bürgerbeteiligung auch nicht funktionieren. Deswegen wird diese BI bei der Konsensuskonferenz auch nicht die neutralen Bürger stellen, sondern die BI sitzt dann auf einer der Bänke als Interessensvertreter ei-

ner Gruppe. So wie der Herr Kaufmann mit seinen Mannen auf der anderen Bank sitzt als Interessensvertreter einer anderen Gruppe. Dann wird es neutrale Experten geben, dann bekommen wir ein Ergebnis. Nur dann macht es Sinn und ist auch belastbar.

Ein letztes Wort an die FDP. Die KAL hat ein großes Problem mit dem Thema Zwang, wenn irgendetwas zwangartig gemacht werden muss. Deswegen sind wir auch dagegen, dass jetzt per Antrag eine Zwangsabfallentsorgung beschlossen werden soll.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Das Thema ist doch komplexer, als uns lieb ist. Die FDP will ganz gern eine ganz einfache Lösung. Die gibt es eben so einfach nicht zu haben. Ich bin in dem Ausschuss. Ich habe bis heute noch nicht alles kapiert. Ich glaube, keiner von uns hat das wirklich durchschaut. Deswegen ist es wert, unserem Entschluss treu zu bleiben und zu sagen, wir machen diese Konsensuskonferenz. Wir ziehen sie durch. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit der Stuttgarter Straße gemacht. Da war auch ein Knoten drin. Der hat sich gelöst. Deswegen vertraue ich darauf, dass genau das auch wieder passieren wird. Deswegen kann man nur nein sagen. Es ist eine kleine Cowboy-Mentalität, die in der FDP steckt, das einfach geschwind durchzuschießen. Das funktioniert nicht.

Stadtrat Høyem (FDP): Ein Zitat meiner eigenen Rede an die SPD. Ich habe gesagt: Wie zum Beispiel Flörsheim. "Zum Beispiel" war das, was ich sagen wollte. Ich habe nicht gesagt, dass es Flörsheim sein muss. Es gibt viele andere Möglichkeiten. Es gibt Leute, die das gerne im Rheinhafen privat machen wollen.

Das andere Zitat geht besonders an meinen Freund Dr. Fischer: Ein Argument verstehen wir, nämlich, dass wir im Gemeinderat im letzten Jahr eine Konsensuskonferenz entschieden haben. Ja, weil die Kommunikation zwischen Abfallwirtschaft und den Bürgern bestimmt nicht optimal war. Niemand, der im Umweltausschuss war, kann behaupten, dass wir dort einen guten Kontakt mit den Bürgern gehabt haben. Das ist ganz einfach nicht war.

Stadtrat Wenzel (FW): Obwohl zu später Stunde und vielleicht als letzter Redner muss ich eine persönliche Meinung dazu sagen. Ich gestehe, ich könnte hier den Punkten 1, 2 und 3 der FDP sofort zustimmen, denn ich bin dagegen, dass im Eisenhafengrund diese Biomüllanlage mit allen Folgen gebaut wird. Aber wir hatten den Beschluss getroffen, dieses Konsensusverfahren - von dem ich nicht überzeugt bin, das auch gewissermaßen in der Kritik steht - durchzuführen.

Wie gesagt, ich könnte in diesen drei Punkten mitstimmen, denn Herr Bürgermeister Stapf sagte - so habe ich es verstanden -, wir würden 20 Mio. € einsparen, wenn wir das Ding dort oben nicht bauen. Wir würden auch über 20.000 m² Versiegelung von Ackerland einsparen. Diese Fakten werden - so weit ich es verstanden habe - nach der Konsensuskonferenz hier wieder entscheiden. Die Konsensuskonferenz gibt uns eine Empfehlung, wenn ich es richtig verstanden habe. Wir führen dann wieder die Diskussion, die wir heute führen, d. h. wir schalten die Bürger ein, um dann diese Empfehlung zu haben. Auch wenn es schade ist, wir haben darüber beschlossen, auch wenn ich

jetzt den Antrag voll mittragen könnte. Wir schalten die Bürger ein, was uns auch Geld kostet. Aber ich persönlich hätte keine Probleme, den Antrag mitzutragen, wenn das Thema Konsensuskonferenz nicht da wäre.

Bürgermeister Stapf: Es gab noch Fragen und eine Missinterpretation. Mit dem jetzigen Transport der Übermengen sparen wir 800 t CO₂ ein. Das liegt aber daran, dass vorher kompostiert und dort oben vergärt wurde. Grundsätzlich ist es so, dass man über den Daumen gepeilt sagen kann, das Verfahren selbst wird überall die gleiche Ökobilanz haben. Da unterscheidet es sich beispielsweise im Verkehr. Da haben wir in der jetzigen Lösung wirklich die gute Möglichkeit, Leerfahrten zu nutzen. Ich nehme von Ihnen entgegen, dass Sie nicht Flörsheim wollen, sondern ausschreiben - was auch unser Vorschlag ist - wenn man auf extern geht, um sich nicht von vornherein festzulegen. Dann wäre zu verhandeln, wie es mit dem Verkehr aussieht. Womöglich könnte auch Thema einer Bürgerbeteiligung sein, sich zu überlegen, wie solche Themen bewertet werden sollen.

Nur, damit jetzt kein Missverständnis im Raum steht, Herr Dr. Fischer, wie diese Konferenz genau abläuft, wer welche Rolle hat, das entscheiden auch die Bürger. Das steht so noch nicht fest. Wir haben uns von der Stadt bemüht - es gibt noch eine andere Bürgerinitiative, die auch eine Meinung hat -, dass mindestens diese Meinungen einfließen sollen.

Zu den Flächen: Wir hatten bei der Gießbachniederung 60 ha. 25.000 m² sind dagegen ein sehr kleiner Teil. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, hätte das Landschaftsschutzgebiet, das daneben geplant wird, die Größenordnung von ungefähr knapp 20 x so viel, wie diese Fläche. Übrigens, von den 25.000 m² ist ein Teil auch schon versiegelt für die jetzige Anlage.

Ich will aber an der Stelle auch ganz klar sagen: Dieser Flächenverbrauch von unversiegelter Fläche ist natürlich ein klarer Nachteil des Eisenhafengrundes. Das habe ich nie anders gesagt und stört mich auch persönlich, weil ich dieses Thema durchaus sehe. Aber wir müssen diese Flächen tatsächlich auch in der richtigen Relation sehen, wie sie anfallen.

Ich will zum Abschluss vielleicht noch einmal dahin arbeiten, das Ganze ein bisschen ruhiger zu sehen. Für mich persönlich sind einige schlechte Entscheidungen schon verhindert worden, die anfangs im Raum standen, z. B. alles zu kompostieren. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Keine gute Entscheidung wäre auch, die Anlage so weiterlaufen zu lassen, wie sie im Augenblick noch läuft. Auch da bin ich sehr froh, dass wir uns darüber einig sind. Die Bürgeraktion selbst hat, nachdem sie bis vor kurzem noch die Anlage oben ausbauen und modernisieren wollte, jetzt auch eine andere Lösung gefunden. Da sind auch schon einige Möglichkeiten vom Tisch, die ich als Holzwege betrachtet hätte. Die Möglichkeiten, die wir jetzt noch betrachten in der Hauptsache - ich weiß nicht, was dieses Verfahren noch bringt -, sind beide realisierbar.

Der Vorsitzende: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung des FDP-Antrags. Ich bitte um das Kartenzeichen. Das sind 6 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, der Rest sind Nein-Stimmen. Damit ist das abgelehnt.

Aber Sie haben sich alle wieder schön warmgelaufen bei dem Thema. Das wird noch öfters hier thematisiert werden.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
16. April 2014